

2016.SUE.000004

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Polizeiinspektorat: Ablösung der Applikation GEWEPO (Gewerbepolizeiapplikation): Projekt GPoBärn; Investitionskredit

1. Worum es geht

Mit dem vorliegenden Antrag wird dem Stadtrat ein Kreditantrag für das Projekt Ersatzbeschaffung der GEWEPO Anwendung des Polizeiinspektorats/Orts- und Gewerbepolizei (PI/OGP) gestellt. Dieses Projekt dient als weiteres Projekt für die elektronisch und medienbruchfrei über die Basisinfrastruktur einzubindenden Verwaltungsprozesse. Ohne die Neubeschaffung der veralteten Fachapplikation des PI/OGP kann ein durchgängiger E-Government-Prozess nicht umgesetzt werden. Der Investitionsschutz für die auf der alten Lösung benötigten Erweiterungen kann nicht mehr garantiert werden.

2. Ausgangslage/Zielsetzungen

Nachfolgend werden die Ziele und der Nutzen der neuen Fachanwendung des PI/OGP aufgeführt.

- Keine mehrfache Entwicklung von Online-Lösungen für einzelne E-Government-Services und damit Einsparung von Kosten. Jede Dienststelle müsste sonst für ihre Services einzeln Lösungen für einen separaten Registrierprozess, Webformulare und Schnittstellen in diverse städtische Systeme zum Datenaustausch zur Verfügung stellen;
- Ressourcen freigeben für steigende Anforderungen in den Dienststellen durch Automatisierung und Beschleunigung von Anträgen und Prozessen;
- Bessere Integrationsmöglichkeiten in Umsysteme und Fachapplikationen;
- Informatiksicherheit im E-Government-Umfeld zentral steuern;
- Überschaubarer Informatik-Betrieb, nicht mehrfach entwickelte Schnittstellen;
- Erhöhung der Kunden- und Dienstleistungsorientierung bzw. durch Anbindung von Online-Services für ämterübergreifende Prozesse;
- Verbesserung der Dienstleistungsqualität (Tempo, Prozesse verschlanken).

3. Projektbeschreibung

Der Gemeinderat beauftragte die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) im März 2016 mit der Durchführung der Evaluation zur Ablösung der heutigen Applikation GEWEPO (Gewerbepolizeiapplikation). Der vorliegende Antrag beinhaltet die Ablösung der heutigen Fachanwendung GEWEPO des PI/OGP.

Die heutige Gewepo-Applikation ist das Hauptarbeitsmittel des PI/OGP. Sie beinhaltet momentan ca. 100 000 Datensätze in den Bereichen Veranstaltungen, politische Kundgebungen, Gastgewerbe, Prostitutionsgewerbe, Taxi, Markt etc. Die Datensätze werden täglich benötigt und jeden Tag kommen weitere hinzu. An jeden Datensatz sind zudem durchschnittlich vier Dokumente angehängt, was bedeutet, dass ca. 400 000 Dokumente mit der Gewepo-Applikation verlinkt sind und jährlich bearbeitet werden.

Folgende Arbeiten werden mittels Gewepo-Applikation getätigt:

- Reservationen und Buchungen von Veranstaltungsorten und -terminen
- Kontrolle von Dauer und zeitlichen Abläufen
- Verwaltung von Kundendaten
- Kategorisierung von Veranstaltungen und Betrieben
- Hinterlegung aller Strassen und Plätze der Gemeinde Bern, Hinzufügen von neuen Adressen
- Verfassen, Verwalten und Archivieren von Bewilligungen, Verfügungen und Anzeigen
- Organisation von Kollaudationen (behördliche Abnahmen bei Veranstaltungen)
- Statistiken und Erhebungen
- Controlling und Verrechnungen von Gebühren
- Gebührenbefreiung und Kostenerlasse
- Jahres-, Monats- und Tagesplanungen
- Zuordnung von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern zu den Geschäften
- Erfassen von Protokollen, Aktennotizen und Plänen
- Koordination mit Partnerinnen und Partnern
- Signalisationsbestellungen
- Baustellenverwaltung
- Veranstaltungskalender für Intranet (intern) und Internet www.bern.ch (extern)
- Datenexport in Excel sowie allgemein in Windows für verschiedenste Zwecke
- Verwaltung der Stammdaten von Taxihalterinnen und -haltern sowie Taxiführerinnen und -führern

Die bestehende Gewepo-Applikation wurde im Verlaufe der 90er Jahre mit Visual Basic 3 entwickelt und zuletzt auf die Visual Basic Version 6.0 migriert. Seit April 2008 wird diese Entwicklungsumgebung nicht mehr mit neuen Services Packs versorgt und gilt daher seit langer Zeit als «End of Life». Dadurch, dass keine Sicherheitsupdates mehr erstellt werden, ist diese Applikation auch ein grosses Sicherheitsrisiko für jeden Stadt-Client, auf dem diese installiert ist. Es ist jederzeit damit zu rechnen, dass die Applikation nicht mehr funktioniert, wenn ein Windows Sicherheitsupdate auf den Clients installiert wird, welches nicht mehr kompatibel mit der Applikation ist. Zudem ist der Betrieb auf Citrix technisch nicht möglich.

Aufgrund der vorliegenden Tatsachen ist eine schnellstmögliche Ablösung der heutigen Gewepo-Applikation unabdingbar. Damit die dafür notwendige Analyse und die Evaluationsarbeiten zeitnah gestartet werden konnten, hat der Gemeinderat im Frühjahr 2016 ein entsprechender Projektierungskredit zur Durchführung einer Evaluation gesprochen.

a. Projektvorgehen

Im Rahmen der durchgeführten Evaluation wurden die heutigen Prozesse und Anforderungen seitens des PI/OGP aufgenommen und in einer Situationsanalyse festgehalten. Zudem wurde unter der Mitwirkung einer externen Projektleitung eine Marktanalyse zur Erhebung möglicher gängiger Standardanwendungen durchgeführt. Bei der Bearbeitung dieser Marktanalyse wurden auch die Erfahrungen und Softwarelösungen anderer Städte erhoben und beurteilt. Durch die erlangten Erkenntnisse während der Betrachtung der heutigen Funktionalitäten und Prozesse sowie unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine neue Fachanwendung, resultierten die folgenden Hauptzielsetzungen:

- Integration in bestehende städtische E-Government-Basisinfrastruktur
- Schnittstelle zur Einwohnerdatenbank der Stadt Bern
- Bereitstellung von Schnittstellen zu anderen Ämtern wie beispielsweise dem Strassenverkehrsamt des Kanton Bern
- Bereitstellung mobiler Szenarien zur Steigerung der Effizienz im Rahmen des Vollzugs
- Automatische Rechnungsauslösung

- Elektronische Archivierung von Dossiers
- Integration zum Geoinformationssystem (GIS) der Stadt Bern

Da es sich beim geplanten Vorhaben um ein Leuchtturmprojekt in Anlehnung an die E-Governmentstrategie handelt, wurde bei der Evaluation der künftigen Softwarelösung darauf geachtet, dass diese auf den zur Verfügung stehenden städtischen E-Government-Basisinfrastruktur-Komponenten basiert bzw. mit diesen optimal korrespondiert.

Die Ergebnisse der durchgeführten Marktanalyse zeigen auf, dass keine der heute im Einsatz stehenden Branchenlösung mehr als 50 % der Grundanforderungen seitens PI/OGP abdeckt und auf dem Markt keine vergleichbare Standardlösung vorhanden ist. Die hohen Anforderungen an die Integrationsfähigkeit in die bestehende Informatikumgebung wie beispielsweise betriebswirtschaftlicher Komponenten (Finanzen, Controlling, Logistik, Payment, Dokumentenmanagement) sowie speziell geforderte Funktionalitäten führten dazu, dass eine offene Ausschreibung für eine komplette Neuentwicklung (proprietäre oder Open Source Software Entwicklung) als unwirtschaftlich betrachtet wurde und sodann nicht weiterverfolgt wurde.

Aufgrund der erlangten Erkenntnisse definierte das Projektteam die drei folgenden möglichen Lösungsvarianten, welche detailliert betrachtet, bewertet und einander gegenübergestellt wurden:

- Branchenlösung eLICT (Einführung Standardsoftware)
- AXIOMA (Weiterentwicklung bestehender AXIOMA Anwendung)
- SAP (Nutzung bestehender Infrastruktur und Anwendungen mit partieller Zusatzentwicklung)

Die aufgeführten Varianten wurden anhand der folgenden gängigen Kriterien beurteilt:

- Leistungsumfang
- Zukunftsperspektiven
- Leistungsfähigkeit Lieferantin bzw. Lieferant
- Umsetzungsdauer
- Machbarkeit und Risiken
- Kosten

Die Gegenüberstellung der Varianten sowie die durchgeführte Bewertung wurden durch das Projektteam unter der Leitung eines externen Experten durchgeführt. Nach Empfehlung an das zuständige Projektausschussgremium wurde der Entscheid einstimmig zu Gunsten der Variante SAP gefällt. Mit der gewählten Variante ist ein Grossteil der notwendigen Hardware- und Softwareumgebung (inkl. Lizenzierung) bereits vorhanden und es stehen systemtechnisch bereits ca. 75 % der Funktionalitäten standardmässig zur Verfügung, die nicht von Grund auf entwickelt, sondern nur noch spezifisch parametrisiert werden müssen. In diesem Zusammenhang erteilt das PI/OGP den Informatikdiensten der Stadt Bern (ID) den Auftrag, das bei der Stadt Bern im Einsatz stehende SAP-Basissystem zu nutzen und mit fachspezifischen individuellen Teilen analog der heute zur Verfügung stehenden Grünflächenmanagement Anwendung-(GFM) der Abteilung Stadtgrün Bern zu ergänzen. Im Rahmen des erwähnten Referenzprojekts haben beispielsweise die ID für die Bewirtschaftung der Grünflächen eine mobile Erfassungs-App für Stunden, Fahrzeuge, Material zur Rückmeldung der Leistungen entwickelt. Dadurch konnten Verbesserungen im Rahmen der Prozesse wie auch bei der Kostenkontrolle und bei der Material- und Fahrzeugverwaltung realisiert werden. Die Darstellung von Grünflächen sowie die «Möblierung» in entsprechenden Layers sind mit der Unterstützung des GIS-Kompetenzzentrum des Vermessungsamts (VA) in «WEB GIS» und «WEB GIS mobile» realisiert worden.

Mit dem Entscheid zur Umsetzung der SAP-Variante können die bereits zur Verfügung stehenden Systeme und Anwendungen optimal und wirtschaftlich genutzt werden. Der Synergienutzen zum erwähnten Referenzprojekt kann in technischen und fachlichen Belangen als sehr hoch bezeichnet werden. Dazu kommt, dass praktisch sämtliche Dienstleistungen intern durch die ID und das VA erbracht werden können und keine öffentliche Ausschreibung erforderlich ist. Dieser Umstand bringt zusätzlich zu den aufgeführten Vorteilen eine wesentliche Zeit- und Kostenersparnis mit sich.

Das geplante Umsetzungsvorhaben soll zügig im Rahmen eines Projekts über die folgenden Projektphasen abgewickelt werden:

- Phase Konzept – Erstellung der notwendigen Konzepte
- Phase Realisierung – Realisierung der konzipierten Lösung inkl. Testing
- Phase Einführung – Migration und produktive Inbetriebnahme der neuen Lösung

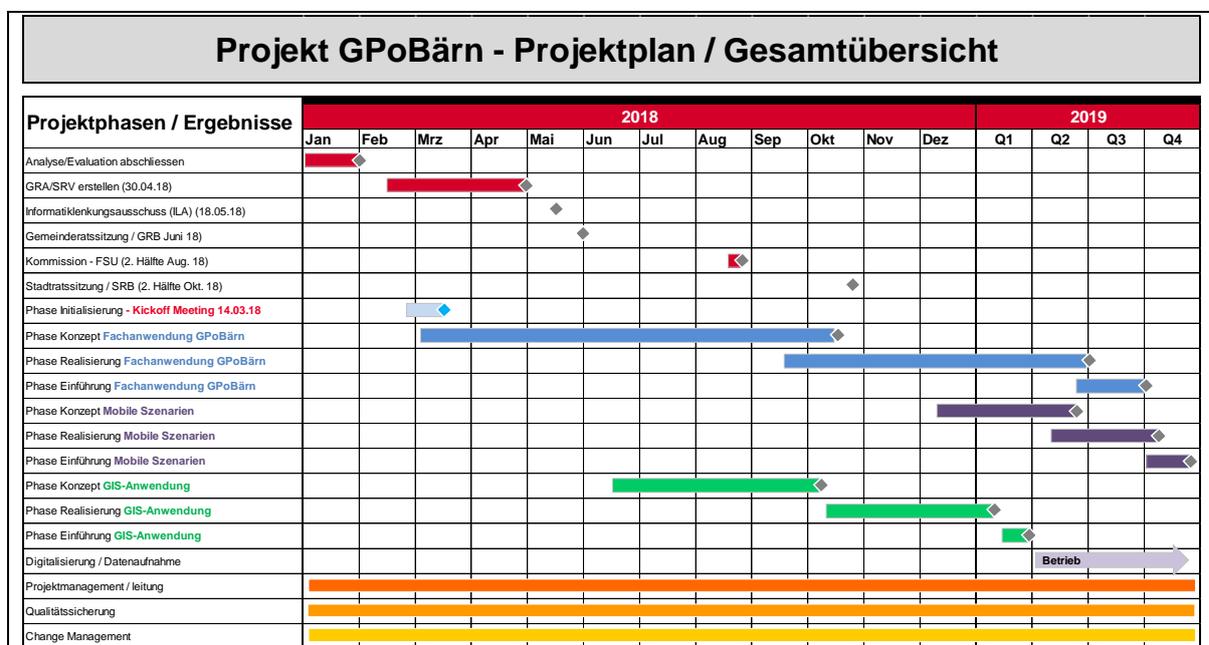
Die detaillierten Informationen zur Abwicklung des Projekts werden im Kapitel zur Projektorganisation sowie zum Projektplan beschrieben.

b. Projektergebnisse

Als Projektergebnisse resultiert die neue Hauptanwendung der Orts- und Gewerbepolizei mit all den dazugehörigen Dokumentationen.

c. Projektterminplan

Gemäss der heutigen Planung und unter Vorbehalt des Entscheids durch den Stadtrat soll die neue Anwendung des PI/OGP im zweiten Quartal 2019 in Produktion gehen. Parallel dazu wird die Implementation der GIS-Infrastruktur sichergestellt, so dass die notwendigen Informationen bezüglich der Digitalisierung im Rahmen des operativen Betriebs durch das PI/OGP möglichst zeitnah erfasst werden können.

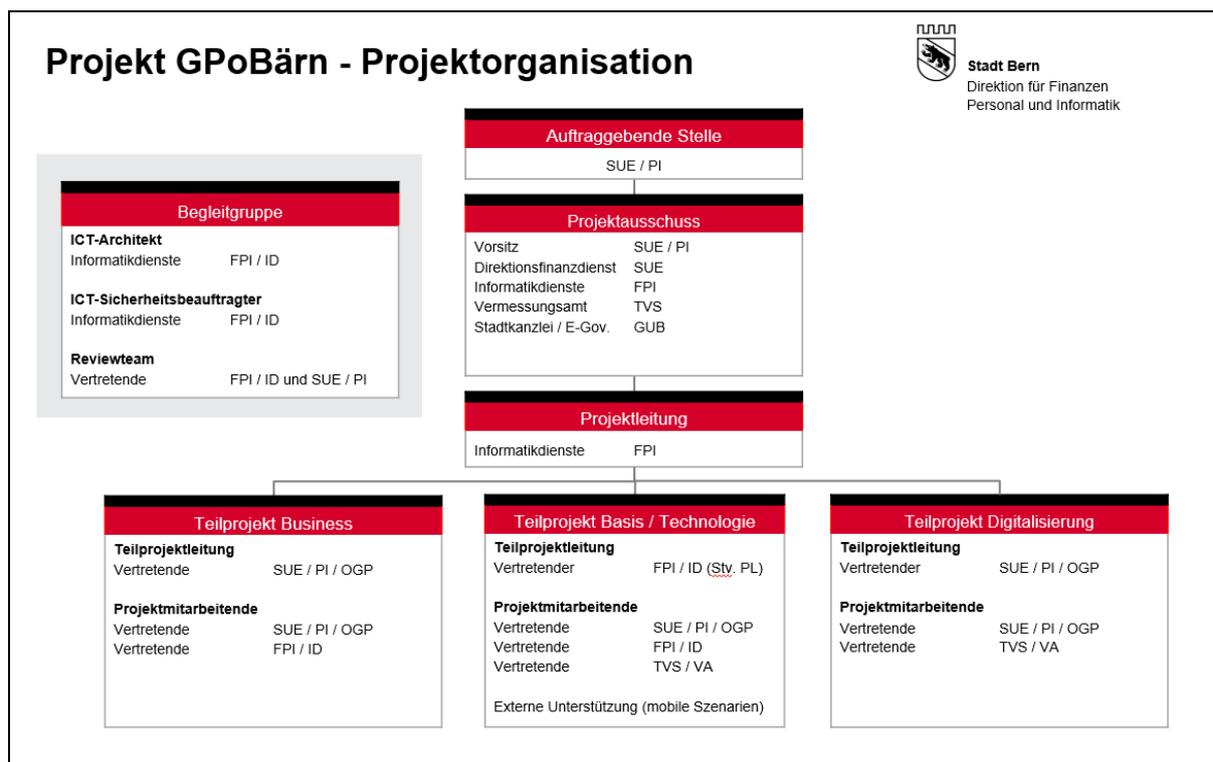


Aus heutiger Sicht geht die Direktion SUE davon aus, dass die neue Fachanwendung im Verlaufe des dritten Quartals 2019 produktiv eingesetzt werden kann. Im Nachgang dazu werden die geplanten mobilen Szenarien konzipiert, realisiert und ab Ende 2019 in Betrieb genommen.

Aufgrund der noch verfügbaren finanziellen Mittel wurden die konzeptionellen Arbeiten bereits im Rahmen des laufenden Projektierungskredits in Angriff genommen. Dies mit der Zielsetzung, möglichst rasch eine neue Anwendung bereitstellen zu können. Die Realisierungsarbeiten werden in der Folge abhängig vom Entscheid des Stadtrats in Angriff genommen.

d. Projektorganisation

Das geplante Vorhaben wird im Rahmen eines Projekts durchgeführt. Während der Projektierungsphase wurde das Projekt durch einen externen Projektleiter geleitet. Während der Umsetzungsphase wird das Projekt neu von den ID geleitet und unter dem neuen Namen **GPoBärn** geführt. Die auftraggebende Stelle bleibt beim PI/OGP, welches auch weiterhin den Kredit bei sich führt. Das Controlling wird ebenfalls durch das PI/OGP wahrgenommen. Der Programmleiter E-Government hat Einsitz im Projektausschuss.



e. Integration in die bestehende ICT-Landschaft

Die anzustrebende Lösung wird auf der Basis der bereits bestehenden Systeminfrastruktur konzipiert und realisiert. Die Einhaltung der ICT-Architekturvorgaben sowie dem Einbezug des ICT-Architekten ist somit sichergestellt.

f. Datenschutz/Datensicherheit

Das Vorhaben wurde mit der städtischen Datenschutzbeauftragten sowie dem stadtinternen ICT-Sicherheitsbeauftragten vorbesprochen. Beide Stellen werden im Rahmen der Detailkonzeption soweit nötig und sinnvoll termingerecht miteinbezogen. Die laufende Information an beide Stellen wird im Rahmen des Projekts ebenfalls sichergestellt.

g. Erfolgte Ausschreibungen

Eine Ausschreibung ist für die Hauptleistungen nicht nötig. Die für die Umsetzung notwendigen Dienstleistungen werden primär durch die ID und das VA erbracht, das Vorgehen ist mit der Fachstelle für Beschaffung (Fabe) abgestimmt. Im Rahmen der vorgesehenen Budgetpositionen wird partiell für gewisse Dienstleistungen (insbesondere der Realisierung mobiler Szenarien) externe Unterstützung beigezogen und wenn notwendig ausgeschrieben.

h. Koordination der E-Government Vorhaben

Die Koordination des hier vorgestellten Projekts *Ablösung der Applikation GEWEPO* ist durch den Einsitz des Programmleiters E-Government in den Projektsteueraussschuss strategisch sichergestellt.

4. Projektkosten

Für das Projekt werden folgende Aufwände in der Form von Investitionskosten veranschlagt:

Kostenübersicht	Betrag
Dienstleistungen	
Projektleitung durch Informatikdienste	50 000.00
Projektarbeit durch MA Informatikdienste	325 000.00
Total Dienstleistungen intern	375 000.00
Unterstützung Development / Entwicklung	50 000.00
Mobile Szenarien (Konzeption, Realisierung und Einführung)	100 000.00
Total Dienstleistungen extern	150 000.00
Total Dienstleistungen	525 000.00
Software	
SAP Lizenzen	30 000.00
Total Software	30 000.00
Hardware	
Mobile Devices	25 000.00
Total Hardware	25 000.00
Digitalisierung	
WebGIS (Konzeption, Realisierung, Einführung) Vermessungsamt	75 000.00
Total Digitalisierung	75 000.00
Reserve	45 000.00
Einmalige Kosten insgesamt (in Fr. inkl. MwSt.)	700 000.00
Projektierungskredit (GRB Nr. 2016-396) vom 16. März 2016	150 000.00
Total Investitionskredit	850 000.00

Die beantragten Investitionskosten sind in der MIP in der Gesamthöhe von 1 Mio. Franken eingestellt.

5. Folgekosten

a. Kapitalfolgekosten

Aus den beantragten Investitionskosten von Fr. 850 000.00 ergeben sich die folgenden Kapitalfolgekosten:

Investition	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	5. Jahr
Restbuchwert	Fr. 850 000.00	Fr. 680 000.00	Fr. 510 000.00	Fr. 170 000.00
Abschreibung über 5 Jahre	Fr. 170 000.00	Fr. 170 000.00	Fr. 170 000.00	Fr. 170 000.00
Zins 1.43 %	Fr. 12 155.00	Fr. 9 724.00	Fr. 7 293.00	Fr. 2 431.00
Kapitalfolgekosten	Fr. 182 1500.00	Fr. 179 724.00	Fr. 177 293.00	Fr. 172 431.00

b. Betriebs- und Unterhaltskosten

Die Betriebsfolgekosten trägt das Polizeiinspektorat.

Bereich	Betrag
Betriebskosten/Support/Dienstleistung durch Informatikdienste (ID/ZA)	40 000.00
Wartung und Unterhalt Software	10 000.00
Total jährliche Betriebskosten (inkl. MwSt.)	50 000.00

6. Finanzierung

Die Finanzierung des Projekts erfolgt über die Investitionsrechnung. Die Abschreibungs- und Zinskosten werden durch die Erfolgsrechnung des PI getragen.

7. Ziele und Nutzen

a. Ziele

Die zu beschaffende Informatiklösung orientiert sich an folgenden Zielen:

- Möglichst schnelle Umsetzung und Ablösung der veralteten Gewepo-Lösung
- Möglichst umfassende und teilweise automatisierte Prozessunterstützung
- Möglichkeit zum Einreichen von Online-Anträgen wo möglich via E-Government-Basisinfrastruktur sicherstellen
- Zukunftsgerichtete, hochintegrierbare und benutzerfreundliche Anwendung
- Möglichkeit zur online Datenabfrage unterwegs (Vollzug)
- Information (Notifikation) über den Stand und die Dauer der Bearbeitung
- Moderne und nachhaltige Basis für den weiteren Aufbau von E-Government
- Für den Vollzug (auswärtige Kontrollen, Tätigkeiten) sollen entsprechende mobile Funktionen über entsprechende Geräte zur Verfügung gestellt werden (mobile Szenarien)
- Bessere Integration diverser Systeme untereinander und damit effizienterer Datenaustausch für schnellere Bearbeitung von ämterübergreifenden Prozessen
- Tragbare Kosten

b. Nutzen

Der Funktionsumfang des künftigen Systems soll gegenüber dem Ist-Zustand wesentlich erweitert werden. Diese Erweiterungen betreffen vorwiegend Funktionen, die zur Prüfung der Bewilligungsgrundlagen erforderlich sind. Die heutigen Abläufe und Prozesse inklusive der Papierablagen sollen optimiert werden, Papieransammlungen sollen auf ein mögliches Minimum reduziert werden. Mit dem künftigen Einsatz mobiler Geräte stehen die Informationen ortsungebunden und zeitnah zur Verfügung, allfällige Verfahren können rascher und einfacher abgewickelt werden.

Mit den Zielsetzungen können einerseits die Anforderungen an eine moderne Verwaltung realisiert und einen damit verbundenen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Es wird mit der neuen Anwendung zum Beispiel möglich sein, eine Infostandbewilligung online zu reservieren und die Bewilligung und den Zahlungsprozess von zu Hause aus durchzuführen. Andererseits können auch aufwändige Abklärungsarbeiten teilweise automatisiert werden (mittels Schnittstellen zur Einwohnerlösung der Stadt und zu anderen Systemen und Abteilungen). Damit wird die Grundlage geschaffen, das ständig wachsende Geschäftsvolumen und die neuen Anforderungen mit dem bestehenden Personal bewältigen zu können. Letztendlich gilt zu vermerken, dass mit den Zielsetzungen und dem Nutzen der neuen Lösung das Image der Abteilung und nicht zuletzt der gesamten städtischen Verwaltung verbessert wird.

8. Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung des Projekts

Falls das Projekt nicht wie geplant umgesetzt werden kann, erhöht sich das Risiko eines Betriebsausfalls der heutigen Lösung erheblich. Nötige Reparaturen können nicht mehr durchgeführt werden; der Betrieb könnte längere Zeit (Tage, Wochen) stillstehen. Dies bedeutet, dass während dieser Zeit keine Bewilligungen erstellt werden können. Dieser Zustand ist nicht haltbar. Aufgrund der hohen Risiken und der Wichtigkeit der Dienstleistung soll deshalb zügig eine neue Anwendung eingeführt werden.

Zudem könnten die steigenden Aufwände ohne teilweise automatische und medienbruchfreie Antragsbearbeitung nicht mehr mit dem bestehenden Personal abgedeckt werden.

Antrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt GPoBärn (Ablösung der Applikation GEWEPO) der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie.
2. Er bewilligt für die Umsetzung des Projekts GPoBärn (Polizeiinspektorat: Ablösung der Applikation GEWEPO) einen Investitionskredit von Fr. 850 000.00 zulasten der Investitionsrechnung I230022 (Kostenstelle 230300). Die Kosten für die Projektierung von Total Fr. 150 000.00 (aus GRB Nr. 2016-396 vom 16. März 2016) sind in diesem Gesamtkredit enthalten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 13. Juni 2018

Der Gemeinderat